

Newsletter Integration und Migration

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES AUS THÜRINGEN	1
Knapp 2000 geduldete Ausländer mit Chance zu bleiben	1
Publikation „Thüringer Zustände 2021“	1
NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND	2
Migrationsstatistik 2021 - Deutlich mehr Menschen zugewandert als fortgezogen	2
Zahl ausländischer Kinder in Deutschland steigt weiter	2
Mehr Menschen aus Nicht-EU-Staaten kommen zur Arbeit nach Deutschland	3
Zahl junger Menschen in Deutschland auf Tiefststand	3
Studien: Syrische und afghanische Communities in Deutschland	3
Mehr Akademiker*innen aus Afghanistan	3
SVR-Studie: Afghanen und Syrer nicht aus den Augen verlieren	4
Bundesregierung beschließt „Chancen-Aufenthaltsrecht“	4
Neues Datenportal zum Thema Abschiebung	4
GLOBALE NACHRICHTEN	4
UNHCR-Jahresbericht: Zahl der Flüchtlinge in Zehn Jahren verdoppelt	4
UN-Bericht: Weltweiter Hunger nimmt zu	5
FÖRDERMITTEL	5
Buchempfehlungen - Downloads - Termine	6
Impressum	6

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Knapp 2000 geduldete Ausländer mit Chance zu bleiben

Das von der Bundesregierung geplante sogenannte Chancen-Aufenthaltsrecht könnte knapp 2000 Ausländern in Thüringen zu einem sicheren Aufenthaltsstatus verhelfen. Ende April waren im Freistaat rund 4600 Ausländer als geduldet registriert, wie eine Sprecherin des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf Anfrage mitteilte. Rund 1900 von ihnen hielten sich demnach seit mindestens fünf Jahren in Deutschland auf.

Das Bundesinnenministerium hatte vergangene Woche einen Entwurf für die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einführung eines sogenannten Chancen-Aufenthaltsrechts vorgelegt. Dieses sei gedacht für diejenigen, die zum Stichtag 1. Januar 2022 "in Deutschland seit fünf Jahren oder mehr

leben und gut integriert sind, aber nur über eine Duldung verfügen", sagte Ministerin Nancy Faeser (SPD). Wer von der geplanten Regel profitiert, soll zunächst ein einjähriges Aufenthaltsrecht bekommen.

Eine Duldung bedeutet, dass ein Ausländer eigentlich ausreisepflichtig ist, die Abschiebung aber vorübergehend ausgesetzt wurde. Hintergründe könnten etwa Krankheit oder fehlende Passdokumente sein, sagte eine Sprecherin des Thüringer Migrationsministeriums. Auch die fehlende Aufnahmebereitschaft einzelner Herkunftsländer oder die Situation vor Ort - als Beispiel nannte sie Afghanistan - könnten zu einer Duldung führen.

Quelle: Süddeutsche Zeitung 12.06.2022

Publikation „Thüringer Zustände 2021“

Die Thüringer Zustände bieten eine kompakte, faktenbasierte Darstellung und kritische Einordnung zu demokratiegefährdenden Phänomenen in Thüringen. Hierzu werden in elf Beiträgen wissenschaftliche Analysen sowie Einschätzungen auf Grundlage zivilgesellschaftlicher Expertise und aus der Perspektive von Betroffenen vorgelegt. Die „Thüringer Zustände“ erscheinen im zweiten Jahr in Folge.

Die Beiträge in der Publikation behandeln die folgenden Themen:

- Antidiskriminierungsarbeit und Diskriminierungsthemen in Thüringen
- Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Thüringen
- Polizeilich erfasste Hasskriminalität in Thüringen
- Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Thüringen
- Die extreme Rechte in Thüringen
- Der Mord an Mario K. in Altenburg im Kontext LSBTIQA*-feindlicher Gewalt in Thüringen
- Rassismus in Thüringen: Selbstorganisation und Empowerment als Antwort

- Blackbox Erstaufnahmeeinrichtung – Innenansichten des Ankommens in Thüringen
- Ballstädt – eine Tragödie in zwei Akten
- Die Thüringer AfD bei der Bundestagswahl 2021
- Corona-Skepsis und Rechtsextremismus – der Einfluss der Corona-Pandemie auf die politischen Einstellungen in Thüringen
- Herausgeber: ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen – für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Friedrich-Schiller-Universität Jena, IDZ – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Kostenlose Druckexemplare der „Thüringer Zustände 2021“ können ab sofort bei den herausgebenden Institutionen bezogen werden.

Die PDF-Version ist unter folgendem Link verfügbar: www.thueringer-zustaende.de.
Website: www.idz-jena.de

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.



NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Migrationsstatistik 2021 - Deutlich mehr Menschen zugewandert als fortgezogen

Im zweiten Corona-Jahr 2021 sind rund 329.000 Personen mehr nach Deutschland zugezogen als aus Deutschland fortgezogen. Die meisten kamen aus Rumänien, der Türkei, Syrien und Afghanistan. Deutsche wiederum wanderten am meisten in die Schweiz und USA aus.

2021 sind rund 329.000 Menschen mehr nach Deutschland ein- als ausgewandert. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem es rund 220.000 mehr Zu- als Fortzüge gab, fiel der Wanderungsüberschuss 2021 damit deutlich höher aus. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, stieg die Nettoeinwanderung über die Grenzen Deutschlands 2021 damit nach dem Rückgang im Vorjahr wieder an und näherte sich dem Niveau vor Beginn der Corona-Pandemie (2019: 327.000).

2021 gab es rund 1,32 Millionen Zuzüge und etwa 990 000 Fortzüge über die Grenzen Deutschlands. Im Vorjahr wurden noch rund 1,19 Millionen Zuzüge und etwa 970.000 Fortzüge registriert.

1,14 Millionen Ausländer kamen nach Deutschland

Die Zunahme der sogenannten Außenwanderung gegenüber 2020 ist vor allem auf ausländische Personen zurückzuführen. 2021 wanderten rund 1,14 Millionen Ausländer nach Deutschland ein. Demgegenüber wurden etwa 746.000 Fortzüge von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit verzeichnet.

Unter den ausländischen Personen machte die Einwanderung aus Europa (Saldo: +197.000) sowie aus Asien (Saldo: +156.000) den größten Anteil am Wanderungsüberschuss 2021 aus. Die Wanderungen mit europäischen Staaten nahmen 2021 gegenüber dem Vorjahr zu, allerdings lagen sie im Saldo teilweise deutlich unter dem Niveau vor der Pandemie (2020: +182.000; 2019: +227.000). Die Nettoeinwanderung ausländischer Personen aus Asien stieg 2021 deutlich gegenüber dem Vorjahr an (2020: +54 000, 2019: +112 000).

Hohe Nettoeinwanderung aus Syrien und Afghanistan

Die höchsten Wanderungsüberschüsse ausländischer Personen aus Europa wurden 2021 mit Zuwanderung aus Rumänien (+36.000 Personen), der Türkei (+19.000 Personen) und Bulgarien (+18.000 Personen) verzeichnet.

Unter den asiatischen Staaten war die Nettozuwanderung ausländischer Personen aus Syrien (+41.000 Personen) und Afghanistan (+31.000 Personen) am höchsten. Aus Syrien zogen während des ersten Pandemiejahrs 2020 weniger Personen zu als in früheren Jahren (Saldo 2020: +18.000 Personen, 2019: +24.000 Personen). Die Nettoeinwanderung aus Afghanistan stieg 2021 im Zusammenhang mit der Machtübernahme der Taliban sowie der humanitären Notlage im Land deutlich an (Saldo 2020: +9.000 Personen, 2019: +7.000 Personen).

Deutsche wandern in die Schweiz und USA aus

Bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit hingegen ist seit 2004 eine Nettoabwanderung festzustellen. 2021 betrug der Abwanderungsverlust deutscher Staatsbürger gegenüber dem Ausland 64.000 Personen. Die Schweiz, Österreich und die Vereinigten Staaten waren dabei wie in den

Vorjahren die Hauptzielländer. Es zogen 17.000 Deutsche in die Schweiz, 11.000 nach Österreich und 8.000 in die USA. Gegenüber dem Zeitraum vor der Pandemie (2019) nahmen die Fortzüge Deutscher nach Paraguay (+900 Fortzüge) und Schweden (+700 Fortzüge) am meisten zu. Gegenüber 2019 ging die Zahl der Fortzüge Deutscher ins Vereinigte Königreich um 2.000, nach Australien um 2.000 und in die USA um 1.400 zurück.

Quelle: MiGLETTER 04.07.2022

Zahl ausländischer Kinder in Deutschland steigt weiter

Die Zahl der Kinder in Deutschland ist wieder leicht gestiegen. Wie das Statistikamt anlässlich des internationalen Kindertages mitteilt, sind höhere Geburtenzahlen der Hauptgrund. Gleichzeitig steigt die Zahl ausländischer Kinder in Deutschland.

Der Anteil der Kinder an der Bevölkerung in Deutschland nimmt wieder leicht zu. Von den 83,2 Millionen Menschen, die Anfang 2021 in Deutschland lebten, waren 10,7 Millionen Kinder im Alter bis einschließlich 13 Jahre, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Dienstag aus Anlass des Internationalen Kindertages am 1. Juni mitteilte. Danach machten Kinder einen Anteil von 12,9 Prozent der Bevölkerung Deutschlands aus. Der Anteil seit dem Tiefststand Anfang 2015 (12,2 Prozent) ist damit in den vergangenen Jahren wieder leicht gestiegen.

Als Grund für diese Entwicklung gibt die Statistikbehörde höhere Geburtenzahlen an. Von 2010 bis 2014 wurden durchschnittlich rund 682.200 Kinder pro Jahr geboren. Von 2015 bis 2020 waren es im Durchschnitt gut 775.600 jährlich. Nach vorläufigen Ergebnissen erreichte die Geburtenzahl für 2021 mit 795.500 Neugeborenen sogar den höchsten Stand seit 1997.

Ein weiterer Grund für den Anstieg ist die Zahl der ausländischen Kinder. Wie das Statistikamt auf Nachfrage des MiGAZIN ergänzend mitteilte, lebten Ende 2020 rund 1.380.000 Kinder ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Deutschland. Im Vergleich zum Jahr 2019 ist das ein Plus von rund 60.000 Kindern. Sie machen rund 13 Prozent aller Kinder in Deutschland aus.

Zahl ausländischer Kinder fast verdoppelt

Insgesamt stieg die Zahl der ausländischen Kinder in den vergangenen zehn Jahren von rund 480.000 im Jahr 2011 um rund 800.000. Der größte Zuwachs wurde während der großen Fluchtbewegung im Jahr 2015 verzeichnet mit einem Plus von knapp 230.000 in der Altersgruppe bis einschließlich 13 Jahre.

In den Staaten der Europäischen Union (EU) war der durchschnittliche Anteil von Kindern an der Bevölkerung höher als in Deutschland: Zum Jahresbeginn 2021 betrug dieser laut EU-Statistikbehörde Eurostat 14 Prozent. Niedriger als in Deutschland war der Kinderanteil nur in Italien (11,9 Prozent), Portugal (12,4 Prozent) und Malta (12,6 Prozent). Den höchsten Anteil von Kindern wiesen Irland (18,6 Prozent), Schweden (16,5 Prozent) und Frankreich (16,4 Prozent) auf.

Quelle: MiGLETTER 01.06.2022

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Mehr Menschen aus Nicht-EU-Staaten kommen zur Arbeit nach Deutschland

Die Zahl der Menschen, die aus Nicht-EU-Staaten nach Deutschland zum Arbeiten kommen, ist deutlich gestiegen. Jeder Vierte kommt als Fachkraft und mit einer Blue-Card. Die meisten sind indische Staatsbürger. Das geht aus Zahlen des Statistischen Bundesamts hervor.

Die Zahl der Ausländer, die aus Ländern außerhalb der Europäischen Union (EU) befristet zum Arbeiten nach Deutschland kommen, ist deutlich gestiegen. Ende 2021 waren im Ausländerzentralregister gut 295.000 Menschen erfasst, die eine befristete Aufenthaltserlaubnis für eine Erwerbstätigkeit hatten, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte.

Damit habe sich deren Zahl innerhalb von zehn Jahren mehr als verdreifacht. Zum Jahresende 2011 seien noch gut 90.500 Menschen mit einem solchen Aufenthaltstitel erfasst gewesen.

Jeder Vierte Fachkraft

Fast ein Viertel der ausländischen Arbeitskräfte waren Ende des vergangenen Jahres den Angaben zufolge akademische Fachkräfte mit einer sogenannten Blue Card. Voraussetzung für den Erhalt der Blue Card sind ein Hochschulabschluss sowie ein konkretes Arbeitsplatzangebot verbunden mit einem Mindestjahresgehalt von mindestens 56.400 Euro. In sogenannten Mangelberufen gilt eine geringere Gehaltsgrenze von 43.992 Euro brutto. Ende 2021 arbeitete knapp die Hälfte (48 %) der Personen mit Blue Card in einem Mangelberuf, etwa als Ärzte oder in der IT-Branche.

Inder vorn

Ausländer, die Ende 2021 mit einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit in Deutschland lebten, hatten am häufigsten die indische Staatsangehörigkeit. Elf Prozent waren Staatsangehörige des asiatischen Staates. Auch die Staatsangehörigkeiten der Balkanstaaten Bosnien-Herzegowina (neun Prozent) und Kosovo (sieben Prozent) waren häufig vertreten.

Deutlich größer als die Zahl der Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten ist die all jener Menschen, die aus Staaten innerhalb der EU zum Arbeiten nach Deutschland gekommen sind. Im vergangenen Jahr traf dies auf 1,65 Millionen Menschen hierzulande zu. Auch hier gab es einen Anstieg: Ein Plus von 19 Prozent gegenüber 2017, als diese Daten erstmals erhoben wurden.

Quelle: MiGLETTER 25.07.2022

Zahl junger Menschen in Deutschland auf Tiefststand

Die Zahl junger Menschen in Deutschland hat mit 8,3 Millionen einen neuen Tiefststand erreicht. Knapp 1,3 Millionen von ihnen haben keinen deutschen Pass. Das geht aus Zahlen des Statistikamts hervor.

In absoluten Zahlen leben in Deutschland derzeit 8,3 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 24. Wie aus weiteren Zahlen des Statistikamts hervorgehen, sind knapp 1,3 Millionen Personen in dieser Altersgruppe keine deutschen Staatsbürger. Das entspricht einem Anteil von 15 Prozent. Die Zahl der Menschen mit deutschem Pass und ausländischen

Wurzeln, mit dem sogenannten Migrationshintergrund, ist deutlich höher, wird in der Datenbank des Statistikamts aber nicht ausgewiesen.

Gesamtbevölkerung erreicht neuen Höchststand

Die Gesamtbevölkerung hat dagegen einen neuen Höchststand erreicht. Im Jahr 2021 lebten erstmals mehr als 83,2 Millionen Menschen in Deutschland.

Den höchsten Anteil an der Gesamtbevölkerung hatten junge Menschen den Angaben nach in der ersten Hälfte der 1980er Jahre, als die geburtenstarken Jahrgänge der sogenannten Babyboomer im jugendlichen Alter waren. 1983 machten die 13,1 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren einen Anteil von 16,7 Prozent an der Gesamtbevölkerung aus.

Quelle: MiGLETTER 25.07.2022

Studien: Syrische und afghanische Communities in Deutschland

Mehr als eine Million Menschen syrischer Herkunft leben in Deutschland, mehr als 300.000 Menschen haben Bezüge zu Afghanistan. Zu den Communities hat der Sachverständigenrat für Integration und Migration drei Studien veröffentlicht. Neben der Geschichte und der Zusammensetzung der Communities geht es um ihr zivilgesellschaftliches Engagement, Selbsthilfeorganisationen und transnationale Netzwerke. Die Studien finden Sie hier: <https://www.svr-migration.de/publikationen/diaspora/>

Quelle: Mediendienst Integration

Mehr Akademiker*innen aus Afghanistan

Häufiger mit Familie, älter und öfter mit Hochschulabschluss – Geflüchtete aus Afghanistan, die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind, haben ein anderes Profil als früher. Das geht aus einer Untersuchung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hervor, für die Daten zu Asylsuchenden in den vergangenen fünf Jahren ausgewertet wurden. Die Publikation blickt auf alle Asylsuchenden, aber besonders auf Asylbewerber*innen aus Afghanistan. Sie kommen inzwischen häufiger mit Familie. Auch ihr durchschnittliches Bildungsniveau hat sich geändert: Im Vergleich zu 2017 kommen weniger Menschen ohne formelle Schulbildung – dafür haben fast doppelt so viele eine Hochschule besucht.

Zur Publikation: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/BerichtsreihenMigrationIntegration/SoKo-Analysen/soko-jahresbericht-2021.pdf;jsessionid=9426250D284F9C3D2C0F500AE1F7FD70.internet281?_blob=publicationFile&v=7

Quelle: Mediendienst Integration

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

SVR-Studie: Afghanen und Syrer nicht aus den Augen verlieren

Knapp 1,4 Millionen Afghanen und Syrer leben in Deutschland. Einer aktuellen Studie zufolge sind sie jung, dynamisch und leisten wichtige Beiträge. Forscher mahnen, sie aufgrund der Fluchtbewegung aus der Ukraine nicht aus den Augen zu verlieren.

Die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen aus Afghanistan und Syrien ist im vergangenen Jahrzehnt infolge der Fluchtmigration stark gestiegen. Mit ihnen sind neue Diaspora-Organisationen entstanden, die sich humanitär oder politisch für das jeweilige Herkunftsland bzw. ihre Communities in Deutschland engagieren. Der wissenschaftliche Stab des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) hat ihr zivilgesellschaftliches Engagement untersucht. „Die afghanische und syrische Bevölkerung in Deutschland ist jung, divers und dynamisch. Das zeigt sich auch an ihrem wachsenden zivilgesellschaftlichen Engagement“, sagt Karoline Popp, wissenschaftliche Mitarbeiterin des SVR und Autorin des Policy Briefs. „Diaspora-Organisationen leisten wichtige Beiträge: Sie setzen sich humanitär oder politisch für das jeweilige Herkunftsland ein oder unterstützen ihre Communities in Deutschland.“

Syrer und Afghanen Einbürgerungsvoraussetzungen

Für den Policy Brief wurden insgesamt mehr als 210 Organisationen mit Afghanistan- und Syrien-Bezug erfasst, die den Angaben zufolge größtenteils in den letzten zehn bis zwanzig Jahren gegründet worden sind. Sie engagierten sich besonders im Bereich der Entwicklungs- und humanitären Hilfe sowie der Integration von Mitgliedern ihrer Communities, darunter auch neuankommenden Flüchtlingen. Manche Organisationen setzen sich der Untersuchung zufolge zudem für den Dialog innerhalb ihrer Communities ein, denn die Spaltungen, die die Konflikte im Herkunftsland prägten, setzten sich manchmal auch in der Diaspora fort.

Laut SVR leben heute insgesamt 337.000 Menschen mit afghanischen und 1.052.000 Menschen mit syrischen Wurzeln in Deutschland. Die meisten sind in den Jahren 2015 und 2016 als Schutzsuchende nach Deutschland gekommen. So leben Afghanen im Durchschnitt seit 6,3 Jahren in Deutschland; Syrer seit 4,8 Jahren. Damit erfüllen bereits die ersten Eingewanderten die Mindestaufenthaltsdauer für eine Einbürgerung. Laut Statistischem Bundesamt hat die zunehmende Einbürgerung von Personen mit syrischen Wurzeln zuletzt in der Statistik zu einem deutlichen Anstieg der Einbürgerungszahlen geführt.

Syrer und Afghanen nicht aus den Augen verlieren

„Gerade jetzt, wo sich die Aufmerksamkeit verstärkt auf Geflüchtete aus der Ukraine richtet, ist es wichtig, die gesellschaftliche Teilhabe der Zugewanderten, die bereits etwas länger in Deutschland leben, nicht aus den Augen zu verlieren“, betont Karoline Popp. „Das erste Ankommen ist für viele geschafft; jetzt geht es um ihre chancengleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Hier können Diaspora-Organisationen einen Beitrag leisten“, so Popp. Migrantenorganisationen könnten in dieser Hinsicht wichtige Vermittler, Fürsprecher und Brückenbauer zwischen Neuankommenden und der Ankunftsgesellschaft sein.

Der SVR beklagt eine Forschungslücke im Bereich der transnationalen Aktivitäten der afghanischen- und syrischen Bevölkerung in Deutschland. So bleibe viel Potenzial

ungenutzt. „Wir wissen zum Beispiel, wie wichtig finanzielle Rücküberweisungen und andere wirtschaftliche Aktivitäten der Diaspora für das Herkunftsland sein können. Aber inwieweit das auf die afghanische und die syrische Diaspora in Deutschland zutrifft, ist noch nicht bekannt“, erklärt Popp. Quelle: MiGLETTER 14.06.2022

Bundesregierung beschließt „Chancen-Aufenthaltsrecht“

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zum „Chancen-Aufenthaltsrecht“ beschlossen. Geduldete, die zum Stichtag 1. Januar 2022 fünf Jahre oder länger in Deutschland leben, können gemeinsam mit ihren Angehörigen eine Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ für ein Jahr bekommen. In dieser Zeit müssen sie die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht erfüllen, dazu gehören ein gesicherter Lebensunterhalt und ausreichende Deutschkenntnisse. Wer das nicht schafft, fällt in die Duldung zurück. Mehr als 100.000 Personen könnten möglicherweise von der neuen Regelung profitieren. Der Bundestag muss dem Entwurf noch zustimmen.

Quelle: Mediendienst Integration

Neues Datenportal zum Thema Abschiebung

2021 sind mehr als 200 Flüge aus deutschen Flughäfen gestartet, mit denen 5.500 Menschen abgeschoben wurden. Das Internet-Portal "Deportation Alarm" dokumentiert, wie viele Personen wohin abgeschoben wurden – sowie die Kosten der entsprechenden Charter-Flüge.

<https://deportationalarm.com/>

Quelle: Mediendienst Integration

GLOBALE NACHRICHTEN

UNHCR-Jahresbericht: Zahl der Flüchtlinge in zehn Jahren verdoppelt

Mehr als 100 Millionen Menschen befinden sich derzeit auf der Flucht – 10 Millionen erst seit Beginn dieses Jahres. In zehn Jahren hat sich die Zahl der Flüchtlinge weltweit mehr als verdoppelt, so das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR in seinem jüngsten Jahresbericht. Von ihnen leben mehr als 10 Prozent in Ländern mit niedrigen oder mittleren Einkommensniveau. Mehr Informationen zur weltweiten Verteilung von Flüchtlingen finden Sie im Dossier <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asy1/zahl-der-fluechtlinge.html#c1436>.

Den Jahresbericht finden Sie hier:

<https://www.unhcr.org/unhcr-global-trends-2021-media-page.html>.

Quelle: Mediendienst Integration

GLOBALE NACHRICHTEN

UN-Bericht: Weltweiter Hunger nimmt weiter zu

Die Zahl der Hungernden ist im vergangenen Jahr laut UN weiter gestiegen: Knapp 193 Millionen Menschen benötigen dringend Hilfe. Besonders dramatisch ist die Lage in Äthiopien, Madagaskar, im Südsudan und im Jemen.

Immer mehr Menschen leiden laut den Vereinten Nationen weltweit unter Hunger und Lebensmittelknappheit. Hunderte Millionen Menschen hätten 2021 nicht genügend zu essen gehabt, teilten die UN mit. Fast 193 Millionen Menschen in 53 Ländern und Territorien waren laut einem von verschiedenen UN-Agenturen und Partnerorganisationen veröffentlichten Bericht über Nahrungskrisen von Ernährungsunsicherheit betroffen und benötigten dringend Hilfe – 40 Millionen Menschen mehr als im Vorjahr. Die Bundesregierung sagte den betroffenen Ländern Unterstützung zu.

Weitere 236 Millionen Menschen in 41 Ländern und Territorien befanden sich dem Bericht zufolge in einer angespannten Lage und hätten Unterstützung für ihren Lebensunterhalt und Hilfe zur Verringerung des Katastrophenrisikos gebraucht.

Hunger nimmt wegen Krisen und Konflikten zu

„Millionen von Menschenleben und Existenzen stehen auf dem Spiel“, erklärte UN-Generalsekretär António Guterres in einem Vorwort. Der Direktor des UN-Welternährungsprogramms, David Beasley, rief die internationale Gemeinschaft zu einem entschlossenen Gegenteuern auf. Andernfalls werde sich die Krise weiter verschlimmern. Der Hunger nehme wegen der Coronapandemie, den Folgen des Klimawandels sowie der vielen Konflikte zu.

Besonders besorgniserregend ist laut dem Report die Lage in Äthiopien, Madagaskar, dem Südsudan und im Jemen. In diesen vier Ländern seien 570.000 Menschen vom Hungertod bedroht gewesen. Demnach dürften sich die Aussichten für die weltweite akute Ernährungsunsicherheit auch für das laufende Jahr weiter verschlechtern. Der Krieg in der Ukraine werde ungünstige Auswirkungen auf die weltweiten Preise und Lieferungen von Nahrungsmitteln, Energie und Düngemitteln haben.

Preise für Grundnahrungsmittel stark gestiegen

Zuletzt waren die Preise für Grundnahrungsmittel weltweit stark gestiegen, auch wegen der Furcht vor dem Ausfall von Weizenlieferungen aus der Ukraine und Russland. Die beiden Länder sind für etwa 30 Prozent der Weizenexporte verantwortlich und zählen damit neben Staaten wie den USA, Frankreich und Deutschland zu den größten Weizenlieferanten der Welt. Vor allem nordafrikanische Länder wie Libyen, Tunesien und Ägypten beziehen einen Großteil ihres Weizens aus der Region.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sicherte den betroffenen Ländern Hilfe zu. Deutschland könne die Staaten, die wegen des Ukraine-Krieges von der Ernährungskrise bedroht seien, nicht alleine lassen, sagte er am Mittwoch nach einer zweitägigen Kabinettsklausur in Meseberg. Es müsse dafür gesorgt werden, dass die Getreideexporte auch weiterhin gelingen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sagte, „die Nahrungsmittelknappheit wird die Welt hart treffen, und zwar Teile der Welt, die sowieso schon politisch unruhig sind“.

FÖRDERMITTEL

Schulze: Ärmere Länder unabhängiger machen

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) rief dazu auf, ärmere Länder von Lebensmittelimporten unabhängiger zu machen. „Kurzfristig sind Nahrungsmittelhilfen überlebenswichtig“, sagte sie. Ziel müsse jedoch sein, „dass die Menschen in den ärmsten Ländern sich selbst versorgen können, damit steigende Weltmarktpreise nicht mehr automatisch zu mehr Hunger führen“. Bereits im April hatte Schulze bei der Weltbank-Frühjahrstagung in Washington ein neues Bündnis für globale Ernährungssicherheit vorgeschlagen, um die Verteilung von Getreide so zu organisieren, dass Hungerkatastrophen möglichst vermieden werden.

Der Bericht wurde im Auftrag des Globalen Netzwerks gegen Ernährungskrisen erstellt. UN-Institutionen wie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) und das Welternährungsprogramm (WFP) sowie Partner stehen dahinter.

Quelle: MiGLETTER 09.05.2022

FÖRDERMITTEL

Förderaufruf des AMIF 2021-2027

Der Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) ist ein europäischer Fonds, der die EU-Mitgliedstaaten bei der Umsetzung ihrer Asyl- und Migrationspolitik unterstützt. Ab sofort können Projektanträge für die gesamte Förderperiode 2021-2027 gestellt werden. Der Fonds fördert Projekte in folgenden Bereichen:

- Stärkung und Entwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems;
- Legale Migration und Förderung der wirksamen Integration von Nicht-EU-Bürgern;
- Bekämpfung irregulärer Migration und Förderung effektiver Rückkehr und Rückübernahme und
- Solidarität durch Stärkung der Zusammenarbeit und Aufteilung der Verantwortung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten.

Weitere Informationen: <https://www.bamf.de/DE/Themen/Foerderangebote/AMIF21/amif21-node.html>

Quelle: BAMF

Ausschreibung Ehrenamt

Noch bis zum 01.09.2022 können über das Förderprogramm »EHRENAMT HILFT GEMEINSAM« der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) Anträge gestellt werden. Mit dem Förder-Programm sollen Engagierte in ihrem Engagement für Geflüchtete aus der Ukraine unterstützt werden. In jedem Handlungsfeld können Vorhaben mit bis zu 50.000 Euro gefördert werden. Eine Förderung von maximal 250.000 Euro kann beantragt werden, um Fördermittel an andere gemeinnützige Organisationen weiterzureichen. Das Förder-Programm ist in drei Handlungsfelder unterteilt: Engagement- und Ehrenamtsstrukturen im Bereich der Unterstützung von Geflüchteten, Schaffung oder Verbreitung von sozialen Innovationen sowie Unterstützung und Stärkung von Hilfsnetzwerken und Initiativen.

Weitere Informationen: <https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/foerderung/ehrenamt-hilft-gemeinsam-ueberblick/>

Quelle: Büro der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge

Buchempfehlungen - Downloads - Termine

Informationsbroschüre „Kita & Schule in Thüringen in Ukrainisch, Russisch und Deutsch“

Das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport hat eine Broschüre zum Thüringer Bildungssystem (Kita & Schule) im Sinne einer Erstinformation in den Sprachen Deutsch, Ukrainisch und Russisch veröffentlicht. Die Publikation kann für die Information der ukrainisch- bzw. russischsprachigen Geflüchteten verwendet werden.

Zur Broschüre: https://bildung.thueringen.de/fileadmin/ministerium/publikationen/kindergarten-und-schule-in-thueringen_DE-UKR-RUS.pdf

Quelle: Büro der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge

Kostenfreies Trauma-Bilderbuch in 16 Sprachen (u.a. arab, eng, franz, farsi, russ, türk, ukr) für Eltern und Kinder mit Kriegs- und Fluchterfahrung / Helfer:innen
Mithilfe einer Spendenaktion ist es uns gelungen, ein Trauma – Bilderbuch in ukrainischer Sprache für die Arbeit mit geflüchteten Familien als Printversion zur Verfügung zu stellen. Sollten Sie für Ihre Tätigkeit Exemplare benötigen, können Sie diese kostenfrei anfordern: <https://www.kenschoenfelder.de/trauma-bilderbuch/>

Das Trauma- Bilderbuch ist zudem in insgesamt 16 Sprachen auf der Website der Autorin frei als PDF verfügbar: <https://www.susannestein.de/trauma-bilderbuch/>

Rückfragen an: Ken Schönfelder,
Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie Auerbach
Altmarkt 10 | 08209 Auerbach/ Vogtland
Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen

App für Menschen mit Fluchterfahrungen und post-traumatischen Stress

In Zusammenarbeit mit syrischen Geflüchteten und Frühlingsproduktionen Berlin hat das Institut für Sozialmedizin, Arbeitsmedizin und Public Health der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig eine App zur Unterstützung im Umgang mit posttraumatischen Stress und verwandten psychischen Belastungen entwickelt. Nun steht diese App mit dem Namen Sanadak in arabischer sowie deutscher Sprache Nutzer*innen kostenfrei zur Verfügung. Sanadak kann zum Beispiel im Umgang mit Ängsten, Hoffnungslosigkeit, belastenden Erinnerungen, Stress und Schlafstörungen helfen, die als Folge von Fluchterfahrungen auftreten können.

Weitere Informationen und Download:

<https://www.sanadak.de/>

Zentrum für Integration und Migration der Landeshauptstadt Erfurt

Impressum
Herausgeber:
IB Mitte gGmbH
Rosa-Luxemburg-Str. 50
99086 Erfurt
Telefon: 0361 6431535
E-Mail: zim@integration-migration-thueringen.de
Internet: www.integration-migration-thueringen.de
Redaktion: Anita Müller

Integrationspiel = Bildung, Demokratieverständnis, Interkulturelle Kommunikation * Begleitheft = Umgangsformen, Verhaltensregeln

Die Frage- und Antwortkarten des Spiels gelten als Beitrag zur Integrationshilfe, zur Bildung, vermitteln Werte, führen zur Zusammenarbeit der Kulturen und zum Miteinander in unserer Gesellschaft und kann zur Vorbereitung auf den Einbürgerungstest eine Hilfestellung leisten. Grundkenntnisse über Deutschland werden zu unterschiedlichsten Themen näher gebracht: Demokratie, Fragen zum Einbürgerungstest, Geografie, Kunst, Kultur, Umgangsformen, Rechte und Pflichten, Hilfestellungen im Alltag, wo finde ich was, Land und Leute, u.v.m.

Das Integrationspiel gibt es zunächst auf Deutsch/Arabisch. Damit sich das Projekt selbst finanzieren kann wird das Spiel zu einem Preis von 39,90 Euro angeboten, zusätzlich gibt es einen Förderpreis von 49,90 Euro, zuzüglich Verpackungskosten / Porto.

Kontakt und weitere Informationen: www.lid-integration.de, kontakt@lid-integration.de

Telefon: 06151.9819786, Mobil: 0176.22611868.

Quelle: Deutsch-Syrischer Verein zur Förderung der Freiheiten und Menschenrechte e.V.

Nützliche Webseiten und Beiträge zum Krieg in der Ukraine

Über den Krieg in der Schule sprechen (nützliche Infos und Links): <https://www.gew.de/ukraine-krieg-in-der-schule>

Mit Kindern über den Krieg sprechen (Tipps zum Umgang mit Angst und Unsicherheit): <https://www.gew.de/mit-kindern-ueber-den-ukraine-krieg-sprechen>

Tipps zum Umgang mit Angst und Sorgen in Bezug auf den Ukraine-Krieg (Videos von Expert:innen):

<https://howtodealwithfear.org/#video-start>

Elternratgeber für Geflüchtete (in verschiedenen Sprachen):

https://elternratgeber-fluechtlinge.de/uk/?fbclid=IwAR3kf-ggH58KnmRUOfOCPM2BcsHsNdxe5W-NPW7f_gBnMOB5zkmP-T4WQwA

Wie man mit schlechten Nachrichten besser klar kommt (Videobeitrag vom SWR):

<https://www.swrfernsehen.de/landesschau-rp/gutzuwissen/video-umgang-mit-schlechten-nachrichten-100.html?fbclid=IwAR06XQ8BGMrrOYxObBiWuuZUmHU5Jqzvg9t5IEODpckXy8bevbj-wKqvORA>

Quelle: Irrsinnig Menschlich e.V. Leipzig

Bevölkerungsbefragung - Daten zu Integration, Migration und Rassismus

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) hat 9000 Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte unter anderem zu politischen Einstellungen, Diskriminierungserfahrungen und nationalen und ethnischen Identitäten befragt. Die anonymisierten [Datensätze](#) sind zu Forschungszwecken zugänglich. Die Stichprobe ist so gewählt, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen überproportional berücksichtigt werden: insbesondere Menschen aus der Türkei, aus anderen mehrheitlich muslimischen Ländern, aus Staaten mit Gastarbeiter*innenanwerbeabkommen sowie Aussiedler*innen aus der ehemaligen Sowjetunion und Rumänien.

Quelle: Mediendienst